

Online-Pressegespräch der Reformkräfte

nach der KirchenVolksKonferenz

24.-25. September 2022 in Köln

im Vorfeld der Herbst-Vollversammlung der DBK

26.-29. September 2022

Teilnehmende

- **Sigrid Grabmeier**, Wir sind Kirche Bundesteam
Tel: 0170 8626290, E-Mail: grabmeier@wir-sind-kirche.de
- **Christian Weisner**, Wir sind Kirche Bundesteam
Tel: 0172 5184082, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de
- **Angelika Fromm**, Aktion „Lila Stola“ der KirchenVolksBewegung, ausgebildete Diakonin (Statement auch für kfd, KDFB und Maria 2.0)
Tel: 0174-4873219, E-Mail: mariafromm@googlemail.com
- **Thomas Pöschl** für das Katholische LSBT+ Komitee
Tel: 0163 77 53 581, E-Mail: thomas.poeschl@huk.org
- **Johannes Norporth**, Sprecher des Betroffenenbeirats bei der DBK / ZdK-Einzelpersönlichkeit
Tel: 0172 1059720, E-Mail: j.norporth@betroffenenbeirat-dbk.de

Statement Sigrid Grabmeier, Wir sind Kirche-Bundesteam

Bericht von der KirchenVolksKonferenz in Köln und Vorstellung des Gemeinsamen Wortes

Gemeinsames Wort der KirchenVolksKonferenz 2022 in Köln

Unsere Welt befindet sich in einer tiefen Verkettung ganz unterschiedlicher Krisen. Die römisch-katholische Kirche wird wegen Missbrauch und Vertuschung sowie Menschenrechtsverletzungen und vielfältiger Diskriminierungen ihrer Verantwortung immer weniger gerecht. Dadurch verliert sie schon lange fundamental an Bedeutung und Glaubwürdigkeit.

In dieser tiefen existenziellen Krise haben 36 Reformgruppen, Betroffenen-Vereinigungen sowie katholische Verbände, Ordensgemeinschaften und Initiativgruppen eine gemeinsame KirchenVolksKonferenz am letzten September-Wochenende 2022 in Köln veranstaltet. Auch Einzelpersonen sowie aus der Kirche Ausgetretene brachten sich ein. Die Notwendigkeit einer engeren Vernetzung und Zusammenarbeit aller Reformkräfte zeigte sich erst kürzlich wieder bei der vierten Vollversammlung des Synodalen Weges.

Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen in unserem Land und weltweit braucht es die gemeinsame Suche nach dem, was den Menschen Orientierung gibt, uns trägt und solidarische Gemeinschaft schafft. Im Geist der Ökumene und der Verantwortung aller für die eine Welt wollen wir neue Hoffnung in Kirche und Gesellschaft bringen. Unser *Gemeinsames Wort* ist eine Verpflichtung für uns selbst, richtet sich an die Kirchenleitenden und soll auch die Mitwirkenden des Synodalen Weges ermutigen. Dessen unverzichtbaren Reformforderungen schließen wir uns an.

Als eine breite und offene Basisbewegung setzen wir uns dafür ein:

- gemeinsam mit anderen Reformkräften und Theolog:innen eine theologische, spirituelle Rückbesinnung auf die frohe Botschaft von Jesus und strukturelle Neuausrichtung zu erreichen;
- eine geschlechtergerechte und vielfältige Lebensformen anerkennende Kirche zu schaffen;
- die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und ernst zu nehmen sowie die notwendigen tiefgreifenden und nachhaltigen Transformationsprozesse in unserer Kirche und unserer Gesellschaft voranzubringen;
- Kirche von unten, von den Rändern und von den Ausgegrenzten her zu begreifen sowie die Gemeinden und Glaubenden darin zu unterstützen, selbst aktiv zu werden, Verantwortung als „Kirche vor Ort“ zu übernehmen und sich zu eigenem Handeln zu ermächtigen;
- Gewaltenteilung und eine Charta der Grundrechte in der Kirche umzusetzen, die auch die Einzelnen schützt, dazu gehört die Zustimmung des Vatikans zur MenschenrechtsCharta;
- die Synode 2023 zu einer Weltsynode mit paritätischer Stimmberechtigung des Kirchenvolks zu erweitern als konkretes Zeichen der kirchlichen Umkehr;

Wir wissen uns verbunden mit Reforminitiativen weltweit:

„Wir gehen schon mal voran – für eine synodale Kirche der Zukunft“.

Beschlossen am 24. September 2022

und bekanntgegeben im Gottesdienst am 25. September 2022 in Köln-Deutz

Kontakt:

Sigrid Grabmeier, Wir sind Kirche Bundesteam

Tel: 0170 8626290, E-Mail: grabmeier@wir-sind-kirche.de

Statement Christian Weisner, *Wir sind Kirche*-Bundesteam:

Eigene Betroffenheit und gegenseitige Ermutigung der Bischöfe

Nach der dramatisch verlaufenden vierten Vollversammlung des Synodalen Weges vom 8. bis 10. September 2022 in Frankfurt, bei der der Grundlagentext des Sexualpapierses die für ein Statut notwendige Zweidrittel-Mehrheit nicht erhielt, sind die Bischöfe jetzt innerkirchlich wie außerkirchlich besonders hohen Erwartungen ausgesetzt. Ja, sie stehen unter Druck und müssen sich entscheiden:

Wollen die deutschen Bischöfe und Weihbischöfe – und dies in der krisenhaften Weltlage – weiterhin ein Bild der Polarisierung und Spaltung abgeben? Oder werden sie sich um ein Klima der Solidarität bemühen?

Wird ihnen untereinander und mit dem Kirchenvolk Synodalität gelingen, also gemeinsames Voranschreiten, wie es Papst Franziskus mit dem weltweiten synodalen Prozess wünscht? Je geschlossener sie sich und das gemeinsam mit den Bischofskonferenzen anderer Länder in Rom für die dringend anstehenden Reformen einsetzen, umso weniger wird dies ignoriert werden können.

Werden sich die Bischöfe und Weihbischöfe um ein neues Vertrauen der Synodalen, des Kirchenvolkes und der Öffentlichkeit in unserem Lande bemühen? Die Bischöfe haben nicht nur den Treueid gegenüber dem Papst geleistet, sondern auch auf das deutsche Grundgesetz.

Sind die Bischöfe und Weihbischöfe bereit, sich an der wissenschaftlichen fundierten Weiterentwicklung des Glaubens zu beteiligen? Die auf dem Synodalen Weg in den vier Synodalforen behandelten Themen sind kein „Wunschekatalog“ von Reformen, sondern es geht um die Behebung von Missständen, die im krassen Widerspruch zu christlichen Botschaften stehen.

Werden die Bischöfe – und dies gemeinsam mit den Betroffenen und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken – eine überzeugende Regelung für die Nachfolge von Bischof Dr. Stephan Ackermann als Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz gestalten und beschließen? Wird dies endlich zur Chefsache jedes Ortsbischofs, statt Verantwortung zu delegieren?

Gelingt endlich die Zäsur, die die Bischöfe und Weihbischöfe auf ihrer Frühjahrsvollversammlung im März 2019 – also vor jetzt dreieinhalb Jahren – angekündigt haben? Bemerkenswert ist, dass jetzt bei dem weltweiten Beteiligungsprozess im Vorfeld der Weltsynode 2023 in vielen Ländern ähnliche Reformpunkte geäußert werden wie beim Synodalen Weg in Deutschland.

Sind sich die deutschen Bischöfe und Weihbischöfe bewusst, dass sie durch Ihr Handeln oder Nichthandeln eine wesentliche Verantwortung tragen für das Weiterbestehen des Christentums in unserem Land und unserer Kultur?

Kurz vor dem Ende des Synodalen Weges in Deutschland, mittendrin im Vorbereitungsprozess für die Weltsynode im Oktober 2023 und auch im Hinblick auf ihren Ad limina-Besuch im Vatikan vom 14. bis 19. November 2022 steht diese Bischofsversammlung vor besonders großen Herausforderungen. Möge die Geistkraft Gottes, aber auch die eigene Betroffenheit und die gegenseitige Ermutigung ihnen auf diesem verantwortungsvollen Weg helfen.

Kontakt:

Christian Weisner, *Wir sind Kirche* Bundesteam

Tel: 0172 5184082, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

Statement Angelika Fromm, Aktion Lila Stola, AG der KirchenVolksBewegung:

Nur eine geschlechtergerechte Kirche hat Zukunft!

Mit der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und Abschaffung der klerikal-patriarchalen Strukturen haben verschiedene Initiativgruppen wie *Aktion Lila Stola*, *Maria 2.0*, *die Gruppe berufener Frauen* und die beiden Frauenverbände *kfd* und *KDFB* ein gemeinsames Ziel gefunden und unterstützen den Synodalen Weg.

Die Ablehnung des ersten Grundlagentextes zur Sexualität durch die Sperrminorität der Bischöfe war ein Weckruf, das Scheitern des Synodalen Weges zu verhindern und führte zur Annahme des Grundlagentextes „Frauen in Diensten und Ämtern“. Doch jetzt kommt es darauf an, wie vehement die Bischöfe das Anliegen der Öffnung der Weiheämter für Frauen in Rom bei der weltweiten Synode als Forderung einbringen!

Aus diesem Grund berücksichtigt der Grundtext alle derzeit erforschten biblischen, dogmatischen, historischen, theologischen und anthropologischen Argumente, als Grundlage für eine Diskussion in der Weltkirche, die schon lange angelaufen ist. Gleiche Würde und gleiche Rechte in der römisch-katholischen Kirche für Frauen ist längst überfällig und hat eine gesellschaftliche Relevanz als Prävention gegen Gewalt an Frauen.

Mutige, reformwillige und lernfähige Bischöfe könnten schon jetzt in ihren Bistümern Frauen in sakramentale Dienste einbeziehen, besonders für Gemeinden, die sich auch Frauen als Leiterinnen wünschen.

Bischöfe haben zugestimmt, dass „*Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche... ein wesentlicher Prüfstein einer glaubwürdigen und wirksamen Verkündigung des Evangeliums an alle Menschen*“ ist. Daran werden sie künftig gemessen!

Wie sehr eine fundamentale Veränderung der Kirchenstruktur ansteht, zeigt die Tatsache bei der Weltsynode, dass Gläubige sich zwar zu Wort melden können, aber mangels Weihe nicht mitentscheiden können. Und so stellt der Grundlagentext „*die Frage nach einer grundlegenden Erneuerung der Ämtertheologie*“; Überlegungen zu einem demokratischeren Amtsverständnis ohne Weihe gibt es.

Wir erwarten, dass auf der Bischofskonferenz die aufgebrochenen Kontroversen argumentativ ausgetragen werden, dass die Minderheit der Traditionalisten nicht die Mehrheit der Reformwilligen behindert und Lösungen gesucht werden. Das Bisherige ist keine Synodalität! So bleibt das Bischofsamt in der Krise!

Die Reformgruppen bilden Netzwerke, verschiedene Begabungen verstärken sich, kreative Kampagnen machen ihrem Unmut über Reformverschleppung Luft, so am 29.9. ab 16 h der von *maria 2.0* initiierte Trauermarsch durch Fulda mit dem Titel „*Verbrannte Erde*“! Diese Aktion soll die Spaltung zwischen Gläubigen und Bischöfen aufzeigen, die immer wieder verbrannte Erde zurücklassen. Mit Traueranzeigen beklagen wir den Verlust u.a. all jener Menschen, die aus Hoffnungslosigkeit der Kirche den Rücken gekehrt haben. Wir bleiben dran, gehen schon mal voran, in eine menschnahe, christliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu Christi.

Kontakt:

Angelika Fromm, Aktion „Lila Stola“ der KirchenVolksBewegung, ausgebildete Diakonin

Tel: 0174-4873219, E-Mail: mariafromm@googlemail.com

Statement Thomas Pöschl für das Katholische LSBT+Komitee, ein Arbeitsbündnis von Katholik*innen aus verschiedenen christlichen LSBT+ Gruppen

Wir möchten zwei Punkte der Beratungen der KirchenVolksKonferenz herausgreifen:

1. Neuordnung der Grundordnung des kirchlichen Dienstes - Unklarheiten zur Geschlechtsidentität müssen dringend noch ausgeräumt werden

Nicht zuletzt durch das öffentliche in Erscheinung treten von #OutInChurch am 24.1.2022 erneut angestoßen, hat die DBK im Mai 2022 einen ersten Entwurf für eine neue „Grundordnung des kirchlichen Dienstes“ veröffentlicht. Wir begrüßen, dass darin gleichgeschlechtliche Eheschließungen in Zukunft kein Kündigungsgrund mehr sein sollen. Es ist aber zu bemängeln, dass Geschlechtsidentität nicht ausdrücklich berücksichtigt wird. Dies schafft ebenso wie die schwammigen Formulierungen zum „christlichen Menschenbild“ und „kirchenfeindlichem Verhalten“ neue Unsicherheiten für queere Mitarbeitende.

Der Entwurf stellt positiv fest, dass alle Mitarbeitenden der Kirche unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Lebensform die unbedingte Liebe Gottes und damit die Kirche repräsentieren können. Es markiert einen entscheidenden Fortschritt gegenüber der bisherigen Grundordnung, dass jetzt „Beziehungsleben und Intimsphäre“ als „Kernbereich(e) privater Lebensführung“ einer arbeitsrechtlichen Bewertung ausdrücklich entzogen sein sollen. Vielfalt in kirchlichen Einrichtungen wird als eine Bereicherung gewürdigt.

Wir haben der DBK damals unsere Kritik und Anregungen sowie das Angebot zur Partizipation erneut angeboten. Bis heute wurde aber die Expertise von queeren katholischen Organisationen nicht in die Beratung einbezogen. Der zweite Entwurf, den die DBK voraussichtlich auf ihrer Herbstvollversammlung besprechen will, ist uns nicht bekannt. Somit bleibt unklar, ob dieser das Merkmal der geschlechtlichen Identität weiterhin nicht benennt und einem binären Geschlechtermodell verhaftet bleibt. Damit bleibt unklar, ob mit dem Merkmal Geschlecht zukünftig auch trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität geschützt werden.

2. Ablehnung des Beschlusses des Textes zur Reform der Sexualmoral durch die Sperrminorität der Bischöfe bei der vierten Synodalversammlung – „Eine Koalition der willigen Bischöfe“ muss jetzt schon mal vorangehen

Schwester Katharina Kluitmann: „Es kann doch nicht sein, dass wir Gläubigen dauernd bei den Bischöfen bleiben müssen - und die bleiben nicht mehr bei uns!“ **Bischof Helmut Dieser:** „Wo ist das Leuchten, wenn gesagt wurde, wir würden einen Bruch mit dem bisherigen Menschenbild leisten? Wo leuchtet das bisherige Menschenbild noch? Können wir so ins 21. Jahrhundert mit einer säkularen, liberalen Gesellschaft gehen? Ich weiß nicht, wie ich so als Kirche über Sexualität reden kann.“ **Erzbischof Heiner Koch:** „Aber es ist deutlich: Es gibt Mitbrüder, die grundsätzlich nicht mitgehen können.“

Drei Statements aus der Aussprache nach der Abstimmung über den Grundtext des Synodalforums IV. (zitiert nach: <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/so-lief-die-aussprache-nach-eklat-beim-synodalen-weg-zu-sexual-reform> am 26.9.22). Wir fordern die Bischöfe, die ja mehrheitlich für den Text gestimmt haben (61,1%) auf, ihren Mitbrüdern zu helfen, damit diese ebenfalls bei den Gläubigen bleiben können im Sinne des Satzes von Schwester Katharina. Wenn das nicht gelingt: Eine Koalition der willigen Bischöfe muss bei den Gläubigen in ihren Bistümern bleiben und mutig schon mal vorangehen!

Kontakt:

Thomas Pöschl für das Katholische LSBT+ Komitee

Tel: 0163 77 53 581, E-Mail: thomas.poeschl@huk.org

Statement Johannes Norpoth: Betroffenenbeirat bei der Deutschen Bischofskonferenz

Betroffenenarbeit und Aufarbeitung brauchen ein gesichertes Fundament!

Nahm in den letzten Wochen der Synodale Weg, dessen Unwegsamkeiten und die damit zusammenhängenden Zukunftsfragen breiten Raum in den kirchlichen Debatten ein, bringen die aktuellen Meldungen rund um die Missbrauchsgutachten in Mainz, Freiburg und Osnabrück die Menschen sehr deutlich und abrupt in Vergangenheit und Gegenwart zurück.

Dabei spielen die Verzögerungen an sich eigentlich keine große Rolle mehr in der öffentlichen Debatte: Die entsprechenden Meldungen werden nahezu kommentarlos hingenommen. Dabei wird doch deutlich, dass insbesondere in Bistümern mit namhaften Altbischöfen die Angst vor einer Veröffentlichung anscheinend extrem ist. Einerseits Angst vor äußerungsrechtlichen Konsequenzen, im Regelfall wehren sich noch lebende Altbischöfe unter Aufbietung hochdekorierter Rechtsanwälte gegen eine Veröffentlichung, statt das Büßerhemd anzuziehen. In anderen Fällen dürfte die Angst davor groß sein, verstorbene Altbischöfe vom Sockel der eigenen Reputationsdenkmäler mit einer Missbrauchsstudie zu stoßen. Die Auswirkungen dieser Verzögerungen auf die Betroffenen, sie treten in den Hintergrund und finden keine weitere Beachtung. Sie werden so erneut zu Opfern und das dadurch zusätzlich erlittene Leid verschwindet im Sog der allgemeinen Entrüstung.

Das Fazit daraus ist ebenso einfach wie deutlich: Die Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt im institutionellen Kontext braucht einen klar definierten rechtlichen Rahmen und unabhängige Leitungs- und Organisationsstrukturen. Es ist nicht mehr tolerierbar, dass die Veröffentlichung der Namen von Tätern, ganz gleich ob es sich um direkte Missbrauchstäter oder Vertuscher handelt, mit äußerungsrechtlichen Schritten verhindert werden kann. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Es braucht schnell und umfassend einen gesetzlichen Rahmen, der Aufarbeitung im institutionellen Raum rechtlich eindeutig absichert und nachhaltig stärkt.

Bei der Herbstvollversammlung 2022 der Deutschen Bischofskonferenz steht auch die Neuordnung des Bereichs Missbrauch, Aufarbeitung und Prävention sowie ein Wechsel im Amt des Missbrauchsbeauftragten auf der Agenda. Die Bischöfe haben die Chance, insbesondere die Empfehlungen diverser diözesaner Aufarbeitungs- und Missbrauchsstudien zur Betroffenenarbeit umzusetzen. Betroffenenarbeit braucht adäquate finanzielle Mittel und eine qualitativ wie quantitativ der Aufgabe entsprechende Personalausstattung. Will man eine wirkliche Betroffenenbeteiligung, dann braucht es aber auch zwingend Unabhängigkeit von kirchlichen Strukturen. Insofern wären die Bischöfe gut beraten, der Empfehlung des eigenen Betroffenenbeirats zu folgen und zukünftig die Begleitung und Unterstützung der Betroffenenarbeit in unabhängigen Strukturen zu organisieren. Eine funktionierende Interessensvertretung der Betroffenen darf nicht weiter Spielball von nachvollziehbaren und verständlichen Loyalitätskonflikten kirchlicher Mitarbeitenden werden. Hier haben die Bischöfe Verantwortung, nicht nur für die Betroffenen sondern auch als direkter Dienstgeber für die eigenen Mitarbeitenden.

Darüber hinaus sind endlich auch für die Betroffenenarbeit Vernetzungsstrukturen aufzubauen und zu implementieren, so wie es für nahezu alle Bereiche der katholischen Kirche in Deutschland gilt. Das bisherige Nebeneinander von Betroffenenbeiräten in den Diözesen und bei der Deutschen Bischofskonferenz muss mittelfristig in eine vernetzte und sich demokratisch legitimierende Vertretungsstruktur überführt werden. Auch dafür kann, ja muss die Bischofskonferenz jetzt die Weichen stellen.

Kontakt:

Johannes Norpoth, Betroffenenbeirat bei der Deutschen Bischofskonferenz – Sprecher des Beirats
Tel: 0172-1059720, E-Mail: j.norpoth@betroffenenbeirat-dbk.de